

MEDIENMITTEILUNG

St.Gallen, 29. Februar 2016

## **Ablehnung der Güterbahnhof-Initiative nicht uminterpretieren**

**Das Nein zur Güterbahnhof-Initiative wurde verschiedentlich als Ja zum Autobahnanschluss im Güterbahnhofareal und gleich auch für einen Tunnel in die Liebegg ausgelegt. Diese Interpretation hält der MV für falsch. Mit der Ablehnung der Initiative hält man sich lediglich alle Optionen offen.**

Der MV Ostschweiz befürwortete die Initiative der SP, welche vom Stadtrat verlangte, sich gegen einen Autobahnanschluss im Güterbahnhofareal einzusetzen. Der MV Ostschweiz hält den Ansatz, eine neue Strasse in die Stadt zu bauen, für falsch. Mehr Strassenkapazitäten ziehen mehr Verkehr an, mehr Verkehr verschlechtert die Wohnqualität der Stadt. Niemand will an einer viel befahrenen Strasse wohnen. Der MV Ostschweiz hätte es deshalb gerne gesehen, wenn dieser Ansatz schon von Beginn weg nicht weiterverfolgt worden wäre. Die Mehrheit der Abstimmenden sah das anders – und hält sich damit alle Optionen offen.

Das Abstimmungsresultat nun als Zustimmung zu einem Autobahnanschluss und zu einem Tunnel in die Liebegg zu interpretieren, hält der MVO aber für übertrieben. Im Vorfeld zur Abstimmung wurde immer wieder betont, dass man keinen Vorentscheid wolle und noch gar nicht wisse, was kommen und was es kosten würde. Die Abstimmungsfrage lautete denn auch nicht, ob ein Autobahnanschluss gebaut werden solle, sondern dass sich der Stadtrat dagegen einsetzen müsse. Das muss er jetzt nicht. Das ist aber kein Ja zu einem Autobahnanschluss und schon gar nicht zu einem Tunnel in die Liebegg. Diese Fragen müssen dann entschieden werden, wenn sie mit konkreten Projekten und Kosten auf dem Tisch liegen.

Klar ist hingegen, dass es Lösungen für verkehrsgeplagte Quartiere braucht. Diese Last mit einem Tunnel an einen anderen Ort zu verschieben, bringt allerdings nur eine Verschiebung des Problems. Der MV fordert deshalb Lösungen, die schnell greifen und für die Bewohner an den Verkehrsachsen eine spürbare Verbesserung bringen. Wo möglich sollen die Tempolimiten reduziert und der Verkehr damit verflüssigt werden. Das bringt den Anwohnern weniger Lärm und weniger Abgase. Wo nötig müssen Dosieranlagen eingesetzt werden. Wenn zuviele Autos unterwegs sind, sollen sie sich ausserhalb der Wohnquartiere stauen und nicht mittendrin.